

Damit es nicht so weitergeht!:

Pressemitteilung der Bürgerinitiative Durlach gegen Prostitution

Um Menschenhandel und Zwangsprostitution einzudämmen hat die Stadt Karlsruhe für 6 Monate das gesamte Stadtgebiet zum Sperrbezirk für Straßenprostitution erklärt. Behörden und Beratungsstellen, die nah an den Prostituierten dran waren, hatten -trotz Hinweisen aus der Bevölkerung- nicht bemerkt, dass es hier Menschenhandel und Zwangsprostitution gab. Man ging von „freiwilliger selbstbestimmter Sexarbeit“ aus.

Die Karlsruher Situation belegt, dass die gesetzgeberische Annahme, man könne „legale“ Prostitution sauber von illegaler trennen, eine reine Fiktion ist. Menschenhandel blüht, solange der Kauf von Frauen als legal und Prostitution sogar als unterstützenswert angesehen wird. Es gibt nicht getrennt voneinander die „gute selbstbestimmte Sexarbeit“ auf der einen Seite und die Prostitution unter Zwang auf der anderen Seite.

Es ist nicht erst Zwangsprostitution, wenn Prostituierte eingesperrt im Keller hausen müssen.

Inakzeptabler Zwang ist es schon, wenn Loverboys die Frauen zur Prostitution drängen, wenn Rumäninnen tolle Jobs in Deutschland vorgespiegelt werden, wenn Drogenabhängige keinen anderen Weg zur Beschaffung von Drogen sehen, wenn

Unsere Forderungen sind :

in ganz Karlsruhe:

1. dauerhafte Sperrbezirksregelungen für Straßenprostitution, Wohnungsprostitution und Bordelle – und nicht nur rund ums Rathaus
2. ein städtisches Konzept für kompetente Ausstiegsarbeit

in ganz Baden-Württemberg:

Ausstiegsprogramme mit folgenden Elementen:

- temporärer Zugang zu sicheren Wohnmöglichkeiten
- temporäre schnelle existenzsichernde Hilfen
- einstweiliges Aufenthaltsrecht
- niedrigschwelliger Zugang zur Krankenversicherung

im Bund:

Änderung der Bundesgesetzgebung wie in Schweden und Frankreich hin zu einem Gleichstellungsmodell für ganz Deutschland:

- vollständige Entkriminalisierung der Frauen
- Kriminalisierung der Nutznießer, insbesondere der nachfragenden Freier
- Hilfe und Schutz für ausstiegswillige Frauen
- Information und Prävention besonders der Jugendlichen

